Mazyek: Islamverbände sind legitimer Ansprechpartner der Politik

20. Oktober 2017

Berlin (KNA) Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Ayman Mazyek, hat die Bundesregierung davor gewarnt, die islamischen Verbände als Dialogpartner zu vernachlässigen.

Die Verbände repräsentierten den Islam in Deutschland, sagte er der in Berlin erscheinenden „tageszeitung“ (Donnerstag). „Da kann ich nicht sagen: Ich propagiere nach meinem Gusto einen Islam, der mir besser gefällt, und der deutsche Staat sucht sich ein, zwei Personen aus, die den repräsentieren.“ Indirekt kritisierte Mazyek auch die gekürzten Geldzuweisungen der Bundesregierung an den türkischen Islamverband Ditib wegen Spionageverdachts. „Der Gestaltungswille in der Politik ist derzeit nur schwach ausgeprägt“, so Mazyek.

Wer einen Islam in Deutschland wolle, müsse diesen Prozess auch aktiv gestalten. „Da kann ich nicht nur Sonntagsreden halten oder Forderungen erheben.“ Mazyeks eigener Verband, der Zentralrat der Muslime, finanziere mit den Zuwendungen des Bundes überwiegend Flüchtlingsprojekte in Ostdeutschland.

Mazyek warnte zudem vor einer Verschlechterung des gesellschaftlichen Klimas nach dem Einzug der AfD in den Bundestag. Andere Parteien versuchten nun, es der AfD „gleichzutun“ und mit „Schlagworten“ wie Asyl-Obergrenze, Burkaverbot und Leitkultur zu punkten. „Das wird die AfD letzten Endes nur stärken, weil die Leute sich sagen: Dann wähle ich doch gleich das Original.“

Laut Schätzungen sind in den vier großen Islamverbänden etwa 20 Prozent der Muslime in Deutschland organisiert. Sie sind lose im Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland zusammengeschlossen und beteiligten sich im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz auch als Dialogpartner der Bundesregierung. Kritiker werfen den Verbänden vor, durch ihr Beharren auf einem konservativantiliberalen Islam die Integration von Muslimen zu verhindern.

(KNA – rlklt-89-00004)

Stand: 16. November 2026